

3863/J XX.GP

der Abgeordneten Heide Schmidt, Volker Kier und PartnerInnen
an den Bundeskanzler
betreffend Roma Siedlung in Oberwart
Im Februar 1995 erschütterte ein Terroranschlag gegen die Roma von
Oberwart, bei dem vier Menschen getötet wurden, ganz Österreich.
Dieses schreckliche Ereignis war unter anderem auch Anlaß, der
Öffentlichkeit die diskriminierende soziale und gesellschaftliche Situation
der Roma und Sinti in unserem Land bewußt zu machen.
PolitikerInnen auf Bundes - und Landesebene, allen voran
Bundeskanzler Vranitzky und Landeshauptmann Stix sagten sofort
unbürokratische Hilfe zu, um die Lebens- und Wohnbedingungen der
Roma in Oberwart zu verbessern. Roma und Sinti sind zwar seit 1996
als Volksgruppe in Österreich anerkannt und das Land Burgenland hat
auch seine Zusagen, Gemeindewohnungen der Roma in Oberwart zu
renovieren, eingehalten. Grundsätzlich gebessert hat sich jedoch in den
letzten drei Jahren für die Betroffenen kaum etwas, folgt man dem erst
kürzlich am 4. Dezember dieses Jahres vorgestellten Bericht der
Österreichischen Liga für Menschenrechte, in dem es heißt:
„Unverändert prekär ist die Situation der Roma und Sinti im Burgenland
Lind auch anderswo in Österreich. Sie sind noch immer an den sozialen
Rand gedrängt und gesellschaftlich geächtet, da keine Möglichkeiten für
die gesellschaftliche Integrierung der Volksgruppe und das Aufhalten der
Assimilierung vorhanden sind.“
Auch hat der Bund die seinerzeit gemachten Zusagen, die Roma
Siedlung in Oberwart zu renovieren, bis heute nicht realisiert.
Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher in diesem
Zusammenhang an den Herrn Bundeskanzler nachstehende
Anfrage
1. Welche konkreten Zusagen wurden im Jahr 1995 seitens des Bundes
gegenüber den Roma in Oberwart gemacht?
2. Wurden bereits einige Projekte aufgrund dieser Zusagen in Angriff
genommen?

3. Wenn nein: Weshalb wurden diese Zusagen bis heute nicht eingehalten?
4. Wann werden Sie die seinerzeit gemachten Versprechungen in die Tat umsetzen?
5. Welche konkreten Projekte sind geplant und wann soll damit begonnen werden?
6. Wie hoch sind die dafür vorgesehenen Mittel?
7. Ist in diesem Zusammenhang nur eine einmalige finanzielle Hilfe vorgesehen oder sind Projekte für mehrere Jahre geplant?
8. Welche weiteren Maßnahmen zur Förderung der Roma und Sinti sind seitens der Bundesregierung geplant, bzw. bereits in Angriff genommen worden, um angesichts der noch immer, wie die Österreichische Liga für Menschenrechte es formuliert, prekären Situation dieser Volksgruppe deren soziale und gesellschaftliche Lage zu verbessern?